

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 267.

Donnerstag, den 13. November 1913.

20. Jahrg.

An die Bürgerschaftswähler der 3. und 4. Klasse!

Am morgigen Freitag finden auf dem Landgebiet die Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft statt. Da müssen sich alle Wähler klar sein darüber, wem sie ihre Stimme zu geben haben.

Wer die Verhandlungen der Lübecker Bürgerschaft eingehend verfolgt hat, der wird wissen, daß nur eine Partei wirksam die Interessen der Allgemeinheit vertreten und keine Cliquen- und Interessenpolitik betrieben hat.

Diese Partei ist die sozialdemokratische.

Ohne Rücksicht auf die Wünsche einiger interessierter Cliquen hat die sozialdemokratische Fraktion stets das Allgemeinwohl im Auge gehabt und hat nach besten Kräften für dasselbe gestrebt.

Die sozialdemokratische Fraktion ist die Mahnerin und Drängerin nach einer wirklich freiheitlichen und fortschrittlichen Politik in unserem Staatswesen; deshalb müssen ihre Reihen gestärkt werden.

Hierzu bietet sich Gelegenheit, indem die Wähler der 4. Klasse am morgigen Tage geschlossen zur Wahl gehen und ihre Stimme abgeben für den sozialdemokratischen Kandidaten, Redakteur Johannes Stelling-Lübeck.

Derselbe ist allen Wählern durch seine Tätigkeit in der Bürgerschaft hinreichend bekannt, während der in der letzten Stunde von den Landbündlern aufgestellte Kandidat ein unbeschriebenes Blatt ist. Die große Mehrzahl der Wähler kennt ihn nicht; sie weiß nicht, was sie von ihm zu gewärtigen hat.

Wenn alle Wähler der 4. Klasse morgen ihre Pflicht und Schuldigkeit tun und ohne Rücksicht auf etwaigen Verlust an Zeit zur Wahl gehen, dann muß sich morgen der Sieg an die Fahne der Sozialdemokratie heften.

Aber auch die wirklich freiheitlich gesinnten Wähler der 3. Klasse müssen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Sie sollen nicht sagen: Es nützt ja doch nichts! Die Sozialdemokratie muß jede Gelegenheit wahrnehmen, um ihre Stimmen zu zählen. Je mehr Stimmen in der 3. Klasse für sie abgegeben werden, desto besser ist es, desto mehr stärkt es unser Ansehen. Kandidat der dritten Klasse ist ebenfalls Genosse Stelling.

Die Wahl findet statt in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Morgen lautet die Parole:

Auf zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten

Redakteur Johannes Stelling-Lübeck.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Kruppaler rollen.

Die Krupp-Presse weiß, was sie der reichen Firma Krupp schuldig ist. Sie hat alles aufzubieten, den unangenehmen Eindruck zu verwischen, den die Beurteilung der Kruppangestellten wegen Bestechung gemacht hat. Und wer das am besten versteht, wird der Sympathie der Firma Krupp sicher sein. Was kommt es bei Krupp auf das Geld an, wo die Bearbeitung der Presse ein Zweig des Geschäftsbetriebes ist, werden doch keine „Mühen und Ausgaben“ geschert werden, das etwas fleckig gewordene Renommee wieder blank zu scheuern. Und fast hat es den Anschein, als sei die Regierung selbst mit an dieser Windmahlerei beteiligt, wenigstens reißen die offiziellen Organe den Mund am weitesten auf. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Viktor Schweinburg widmen dem Krupp-Prozess einen ganzen Leitartikel, aus dem zur Charakteristik seiner Tendenz nur folgender Satz mitgeteilt sei.

„Denn — und darin liegt der eigentliche Wert des Prozesses gegen Eccius und Brandt — alle Welt hat sich auf Grund einer ohne jede Schonung geführten Gerichtsverhandlung überzeugen können, daß die von sozialdemokratischer Seite gegen die Firma Krupp erhobene Anklage in der ungeheuerlichsten Weise aufgebaut war, daß aber in Wirklichkeit nichts geschah ist, was Veranlassung geben könnte, das Ansehen der Firma Krupp zu schmälern oder ihr das fast durch ein Jahrhundert entgegengebrachte Vertrauen zu entziehen. Und zweitens: Alle Welt hat sich überzeugen können, daß die Firma Krupp von den besten Absichten geleitet war, denn ihr ist es einzig und allein darum zu tun gewesen, den vielen Hunderttausenden von Menschen, deren Existenz mit dem Gedeihen der Firma

Krupp aufs engste verbunden ist, regelmäßigen und auskömmlichen Erwerb zu sichern. Wohl hat sich, um diesen Zweck zu erreichen, der ausführende Beamte in der Wahl der Mittel vergriffen, aber die Leitung der Firma Krupp kann, wenn man die Motive ihres Handelns unbefangen und loyal beurteilt, keinerlei Vorwurf treffen.“

Weiter kann die Verdrehung aller Rechtsgrundzüge nicht gehen, als sie hier zur höheren Ehre Krupps betrieben wird. Ob Viktor Schweinburg einem hungernden Arbeiter, der sich ein Brot stiehlt, wohl auch die „besten Absichten“ nachsagen und ihn damit entschuldigen wird, daß er sich nur in der „Wahl der Mittel vergriffen“ habe?

Den gleichen Faden wie Schweinburg spinnt der Wirkliche Geheime Rat Dr. Romen im „Scherl'schen Tag“. Romen, der Mann, der der Sozialdemokratie vorwarf, daß sie leichtfertig mit dem Eide umgehe, sucht der Welt dadurch, daß er das Wort Krupp-Prozess in Ausführungsstrichen setzt, weiszumachen, daß überhaupt von einem Krupp-Prozess keine Rede sein könne. Er will die Affäre auf eine „Schmiergeldergeschichte gewöhnlicher Art“ hinausspielen, an der die Firma Krupp selbst ganz unschuldig sei. Um das zu beweisen, zitiert er nicht etwa das Urteil oder die Ergebnisse der Gerichtsverhandlung, sondern die Rede, die der frühere Kriegsminister v. Heeringen im Reichstag zum Fall Krupp gehalten hat. Heftiges Gepolter gegen die Sozialdemokratie muß bei allen diesen Krupp-Verteidigungen die Schwäche der Position verdecken. Vergebliche Mühe! Der Kundige weiß diese Mühe um die Firma Krupp ganz richtig zu taxieren.

Die „Juristischen Tagesfragen“ haben sich übrigens das Verdienst erworben, die Wirkung der Kruppaler an einem Beispiel näher zu beleuchten. Es handelt sich um den „Berliner Lokal-Anzeiger“, der bekanntlich noch während der Verhandlung versuchte, den Staatsanwalt einzuschüchtern und auf diese Weise die Firma Krupp vor unbequemen Fragen und Zeugenaussagen zu bewahren.

Die „Juristischen Tagesfragen“ schrieben zu den Scherl'schen Angriffen auf den Staatsanwalt:

„Doppelt peinlich müssen sie aber gerade in diesem Blatte wirken. Denn heute ist es doch wirklich für keinen Kundigen mehr ein Geheimnis, daß die unter den Auspizien des Landwirtschaftsministers glücklich beendete Aktion zur finanziellen Entlastung des Begründers des „Berliner Lokal-Anzeigers“ ohne die äußerst tatkräftige Mitwirkung der Schwer- und Waffenindustrie, an deren Spitze die Firma Krupp steht, nicht ausführbar gewesen wäre. . . . Aber die Pflicht des Verlags war es, in diesem delikaten Falle einzugreifen und der Redaktion die äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen. Unter keinen Umständen durfte er den Wohltäter des Hauses eher rechtfertigen und loben lassen, als bis der Gerechtigkeit Genüge geschähen war. Er hätte damit nicht nur dem eigenen Unternehmen, sondern der ganzen Presse einen Dienst erwiesen.“

Die Sorge um die Grundrente.

In Berlin versammelte sich am Dienstag der neugegründete Schutzverband für den deutschen Grundbesitz unter dem Präsidium des Herrenhausmitgliedes Fürst Sal m. Eine Anzahl schwarzblauer Parlamentarier und Herrenhausmitglieder sowie die dazu gehörigen Regierungsvertreter aus den Reichsämtern aus Preußen und Bayern waren erschienen. Die ganze Tagung stand unter dem Zeichen des Begehrens über die kommunistischen Tendenzen unserer gesamten Verwaltung und der Steuergesetzgebung! Insbesondere der Vorsitzende, den man ja von dieser Seite her genügend aus dem Herrenhause kennt, und der Kammerherr Dr. v. Frege, einst Vizepräsident des deutschen Reichstages, taten sich in diesem Sinne hervor. Es sprachen dann noch in gleicher Weise die bekannten Wortführer verschiedener reaktionärer Mittelstands- und Agrarierverbände, worauf entsprechende Beschlüsse gefaßt wurden. Besonders ver-

langt man natürlich, daß die Befreiung des Grundbesitzes nur nach dem Ertrage und nicht nach dem Wert oder dem Wertzuwachs erfolgt.

Steuern und Hausbesitzer.

Auf dem 17. preussischen Haus- und Grundbesitzertag, der soeben in Berlin abgehalten wurde, hagelte es Proteste und Angriffe auf die Grundwert- und die Wertzuwachssteuer, die man als geächtet, verkehrsfeindlich und insbesondere als sozialistisch erklärte. Justizrat Mayer-Frankfurt konnte sein Erstaunen darüber nicht verhehlen, daß die Regierungen, die doch die Sozialdemokratie mit Feuer und Schwert bekämpfen, in ihrer Gesetzgebung dem Sozialismus Rechnung tragen müssen! Nur eine kleine Anzahl Vertreter des mittleren und kleineren Grundbesitzes, insbesondere des Berliner, machten das allgemeine Gegeter nicht mit. In der Bekämpfung jeder sozialen Wohnungsreform war man natürlich einig.

Die westpreussischen Nationalliberalen für ein Zucht-Hausgesetz.

Die Vorstände der nationalliberalen Organisationen für Westpreußen faßten eine Resolution, die sich im Sinne der Stellungnahme des Hanjabundes für schärferen Streikbrecherstrich und insbesondere für rasche und scharfe Anwendung des Strafgesetzbuches ausspricht.

Noch mehr Soldaten!

Der Strategie der „Täglichen Rundschau“, Generalleutnant z. D. Lihmann, findet, daß die vor wenigen Monaten verabschiedete Militärvorlage noch lange nicht weit genug geht. Er führt aus:

„Gewiß ist die letzte Gesetzesvorlage im Vergleich zu ihren Vorgängerinnen großzügig zu nennen. Und doch ist auch sie in einem wesentlichen Punkte Stückwerk geblieben: die wirkliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht hat sie noch nicht sichergestellt. Vermutlich sind schon bei der letzten Rekrutenaushebung Zehntausende wehrfähiger junger Leute mehr vorhanden gewesen, als eingestellt werden konnten, und mit der zunehmenden Bevölkerungsziffer wird die Menge der Ueberzähligen von Jahr zu Jahr anwachsen. Das ergibt dann abermals einen Zustand, der schon im Frieden ungerade ist und im Kriege — da entsprechend mehr ältere Leute, Familienväter, in vorderster Linie verwendet werden müssen — dem Volkswohl zuwiderläuft. Die Gesetzgebung hat also noch dafür zu sorgen, daß jeder wehrfähige junge Deutsche wirklich zum militärischen Dienst herangezogen wird. Wohlverstand: zum Waffendienst! Als Schreiber, Telegraphisten, Burichen, Ordonnanzen und zu dauerndem Arbeitsdienst sind Mindertaugliche zu verwenden.“

Ueber die Deckung der Kosten zerbricht sich dieser Herr den Kopf nicht, die Hauptsache ist, daß immer mehr Soldaten aufgestellt werden. Wir Sozialdemokraten haben stets gefordert, daß jeder wehrfähige Mann militärisch ausgebildet werden soll. Dieses Ziel kann aber nicht erreicht werden im Rahmen des stehenden Heeres mit seiner zwei- resp. dreijährigen Dienstzeit, sondern nur in der Form der Miliz. Gerade diese Heeresform lehnt aber der General des erwähnten alldeutschen Blattes ab. Geradezu grotesk ist aber der Vorschlag, daß man Mindertaugliche zum Dienst als Burichen, Ordonnanzen und Schreiber ausheben soll. Mit der Verfassung ist ein solches Verlangen nicht in Einklang zu bringen. Artikel 57 sagt klar und deutlich:

„Jeder Deutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen.“

Es kann nun gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Ausschreibung von Leuten als Offizierburichen absolut nichts mit der Wehrpflicht zu tun hat, denn diese Leute werden nicht brauchbar gemacht zur Verteidigung des Vaterlandes, worauf es ankommt, nach Artikel 63 der Verfassung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Kaisers ist. Der Dienst des Offizierburichen ist eben kein Wehrdienst und wir halten die Verwendung von Soldaten als Diener der Offiziere direkt als eine Verletzung der Verfassung. Was der General der „Tägl. Rundschau“ verlangt, ist also eine noch flagrantere Verletzung der Verfassung. Ueberdies müßte denn auch die Anzahl der Burichen vom Reichstage angefordert werden. Wie aber, wenn der Ausgehobene dann als Buriche nicht brauchbar ist, weil er vielleicht die Kognakflasche seines Herrn nicht genügend kalt zu stellen versteht oder weil er sonst nicht fähig ist, die Anzahl von Obliegenheiten eines Burichen sich zu merken? Soll er dann Offizierburiche der Reserve werden? In der Tat, der Rüstungsminister treibt immer merkwürdigere Blüten, aber keiner dieser Rüstungstreiber gibt an, wo das Reich die Mittel dazu hernehmen soll, die neu entstehenden ungeheuren Kosten zu decken. Vielleicht wäre es recht praktisch, wenn man zunächst die Ruhegehälter der pensionierten Generale erheblich herabsetzen würde, das könnte den Rüstungseifer in diesen Kreisen sicher etwas dämpfen.

Ein Sachverständiger aus der Rüstungskommission.

Unter dem heißen Scheffel „Sachverständiger“ in der Kommission zur Prüfung der Rüstungsleistungen, mit deren Namen die Öffentlichkeit überrascht wurde, befindet sich auch ein Rittergutsbesitzer von Ahrens auf Pischkawa in Schlesien. Herr v. Nährich kann als ganz besonders geeignet für dieses Ehrenamt angesehen werden, wenn man die Auseinandersetzungen kennt, die dieser Herr mit der Stadt Breslau gehabt hat. Wegen Verdrößerung der Eisenbahnstraße befindet sich die Kommune in der Zwangslage, neues Straßenland erwerben zu müssen, darunter auch solches, das Herrn v. Nährich gehört. Als die Verhandlungen mit allen Nachbarn bereits beendet waren, mußte der Magistrat von der Stadterordnetenversammlung die Zustimmung zum Enteignungsverfahren gegen Herrn v. Nährich nachsuchen, weil dieser Herr der Stadt so vorbitante Preise abnehmen wollte, daß eine Einigung unmöglich war. Die Bürger von vier Nachbargrundstücken hatten 9 Mk. pro Quadratmeter erhalten, Herr v. Nährich waren selbst 20 Mk. viel zu wenig! Die Einleitung des Enteignungsverfahrens wurde beschlossen und erst jetzt wurde der Ritterguts-

besitzer nachgiebig. Die Abschätzungscommission hatte sehr gut geschätzt, nämlich 20 Mk., aber es war doch weniger als die Hälfte dessen, was Herr v. Nährich zuerst gefordert hatte! Als er jetzt auf das Angebot einging, erfolgte von konservativen Parteifreunden im Stadtparlament noch ein Vorstoß, ihm doch 25 Mk. für den Quadratmeter zu geben. Im Verlaufe der Debatte stießen folgende Bemerkungen:

Stadterordneter Löbe (Soz.): Herr v. Nährich hat früher ganz enorme Summen gefordert. Es handelt sich um einen der Fälle, wo Privatleute sich wie Bluteigel an den Körper der Stadt ansetzen und ihre Zwangslage ausnützen. Im Grundeigentumsausschuß ist erklärt worden, daß 20 Mk. schon zu viel sind. Also lassen wir es lieber auf einen Prozeß ankommen.

Stadterordneter Bischoff (liberal): Ich möchte Sie bitten, bei 20 Mk. stehen zu bleiben. Ich sehe nicht ein, warum wir dem Herrn Rittergutsbesitzer, der mit Breslau sonst gar nichts zu tun hat, noch mehr geben sollen, als das Land bei sehr guter Schätzung wert ist!

Herr v. Nährich steckte schließlich die 20 Mk. ein, da er mehr nicht kriegen konnte. Dieser Herr ist jetzt „Sachverständiger“ in der Rüstungsprüfungskommission. Gewiß, er ist sachverständig. In welcher Richtung sich aber der Reichskanzler seine Sachverständigen ausgelacht hat, das zeigte der Fall des Herrn v. Nährich zur Genüge. Die Steuerzahler können sich freuen.

Reichstags-Vorlagen.

Dem Reichstage ist neben der Übersicht über die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts der Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zugegangen. Die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs sind folgende:

An den ersten Feiertagen zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten darf überhaupt nicht gearbeitet werden. An den übrigen Sonn- und Festtagen dürfen offene Verkaufsstellen ihre Angestellten bis zu drei Stunden beschäftigen, welche Beschäftigungsdauer ausnahmsweise auf vier Stunden erhöht werden kann. Für 10 Sonntage im Jahre darf der Sonntagsdienst mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörden bis zu 10 Stunden ausgedehnt werden. Im übrigen Handelsgewerbe kann eine Beschäftigung bis zu zwei Stunden zugelassen werden, in einzelnen Zweigen bis zu fünf Stunden. Die Arbeitsstunden dürfen nicht in die Zeit des Gottesdienstes fallen. In jüdischen Geschäften mit jüdischen Angestellten, die den Betrieb am Sabbath und an den jüdischen Feiertagen gänzlich ruhen lassen, dürfen die Angestellten jüdischen Glaubens bis zu fünf Stunden bei geschlossenen Türen beschäftigt werden.

Zu den Vorgängen in Jäbern

läßt sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ melden, daß die Generalkommandos in Straßburg und in Wiesbaden vor einiger Zeit einen Erlaß herausgegeben haben, worin den Soldaten eingeschärft worden ist, bei etwaigen Angriffen auf sie, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Angeblich sollen im letzten Jahre vielfach Ueberfälle auf Soldaten stattgefunden haben und eine Menge solcher Vorfälle soll bei den Gerichten anhängig sein.

Meldungen der „Rhein.-Westf. Zeitung“ müssen immer mit sehr großer Vorsicht aufgenommen werden. Deshalb wäre es dringend notwendig, daß das Kriegsministerium darüber Ausschluß gibt, ob von den Generalkommandos in der Tat solche Erlasse herausgegeben worden sind. Aber auch der Statthalter von Elsaß-Lothringen hätte die Pflicht, Aufklärung darüber zu geben, ob es wahr ist, daß eine größere Anzahl von Ueberfällen auf Soldaten bei den bürgerlichen Gerichten anhängig gemacht worden ist. Daß in Elsaß-Lothringen unter der Zivilbevölkerung eine tiefegehende Erregung besteht, ist nach den Vorgängen in Jäbern allerdings begreiflich.

Der konservativ-nationalliberale sächsische Landtagsbund in Aktion.

Bei der Präsidentenwahl des sächsischen Landtages, die am Mittwoch stattfand, trat das Kartell der gesamten bürgerlichen Parteien der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen in Tätigkeit, um die Wiederwahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten zu verhindern. Der Präsident Vogel wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gewählt. Die Sozialdemokraten gaben weiße Stimmzettel ab. Zur Wahl des ersten Vizepräsidenten schlug Genosse Schulze den Genossen Frähdorf vor und erklärte zugleich, daß wir bereit wären, die verfassungsmäßigen Pflichten auf uns zu nehmen. Der Führer der Nationalliberalen, Hettner erklärte, daß nach den bisherigen Erfahrungen im vorigen Landtage Frähdorf nach seiner Meinung die verfassungsmäßigen Pflichten, er verstand die höchsten Pflichten, nicht erfüllt habe, und daß deswegen die Nationalliberalen nicht für ihn stimmen könnten. Dasselbe erklärte der Freisinnige Günther. Genosse Sindermann wies mit aller Schärfe darauf hin, daß das Aussprüche seien. — In der Debatte erklärte Gen. Langer, daß nach den Auffassungen des Rektors der Leipziger Universität die Eröffnung des Landtags im Schlosse lediglich eine Feierlichkeit sei und keine rechtliche Bedeutung habe. Bei der dann vorgenommenen Wahl erhielt der Konservative Opitz die Stimmen sämtlicher bürgerlicher Abgeordneten (62), während auf Frähdorf 27 entfielen. Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten erhielt Frähdorf 26 und der Freisinnige Bär 61 Stimmen. Bei der Wahl der Schriftführer schlugen die Nationalliberalen nunmehr den Gen. Fleißner vor. Die Abstimmung ergab, daß die Konservativen nicht für Fleißner eingetreten waren. Die Sozialdemokraten hatten weiße Stimmzettel abgegeben, sodaß Stichwahl entstand zwischen Fleißner und zwei Nationalliberalen. Im zweiten Wahlgange wurde Fleißner gewählt, er lehnte aber aus Rücksicht auf die ganze Situation ab. Die Mehrheit wählte dann als Schriftführer und Stellvertreter nationalliberale und konservative Abgeordnete. Die Sozialdemokraten gaben auch bei den anderen Wahlen weiße Stimmzettel ab.

China.

Zuanhilais Diktatur. Einer telegraphischen Meldung des Reuterschen Bureaus aus Peking zufolge wird in sinesischen Blättern berichtet, daß die Einrichtung

eines Zentralverwaltungs-Kongresses geplant sei, dem je zwei Vertreter der einzelnen Provinzen, vier Mitglieder des Kabinetts, ein Vertreter des Ministeriums und acht Mitglieder des Sekretariats des Präsidenten angehören sollen. Nach Konsultation dieser Behörde solle das gegenwärtige Parlament allmählich aufgelöst und durch Häuler ersetzt werden, die entsprechend den Ansichten dieses Kongresses zusammengesetzt würden, wodurch die Regierung die völlige Kontrolle in allen wichtigen Fragen erhalte.

Die Frauen und die Bürgerchaftswahlen

lautete das Thema, über das gestern Abend in einer stark besuchten Volksversammlung die Genossin Tony Breitscheid aus Berlin referierte. Es waren hauptsächlich Frauen erschienen.

Genossin Breitscheid ging zunächst auf die Bedeutung der Frau im Wirtschaftsleben ein. Die bei der Bürgerchaftswahl zu wählenden Vertreter hätten nicht Ständesinteressen, sondern die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten, und zur Allgemeinheit gehören auch die Frauen. Es ist nicht leicht, sich in die Lebensbedingungen aller hineinzuversetzen. Die Bürgerchaftsvertreter hätten das leichter, wenn auch Frauen in der Bürgerchaft sitzen würden. Dadurch würde den Männern eine große Verantwortung genommen: Die für die Arbeiterfrauen bei der Bürgerchaftswahl in Betracht kommenden Interessen sind recht mannigfaltig. Die Arbeiterin schildert in so Herzen gehenden Worten die Leiden und Nöte der Arbeitermütter, denen die Mittel fehlen, kräftige Nahrung anzurichten. Man wird sagen, die Bürgerchaft kann da doch auch nicht helfen. Nun, sie hat aber im Vorjahre bei der Teuerung auf Forderung der Sozialdemokraten eingegriffen. Vor allen Dingen müßte der Staat die Milchversorgung ständig kontrollieren. Die Gas- und Elektrizitätspreise müßten so niedrig sein, daß Gas- und Elektrizität von der Allgemeinheit — also den breiten Volksmassen — benutzt werden könnte. Die Ausstellung am Hofplatz sei ganz schön. Nur die große Volksmasse könne sich das nicht leisten. Genossin Breitscheid erläuterte dann die sozialdemokratischen Schulforderungen und kritisierte die Lübecker Schulverhältnisse, insbesondere die Aufhebung der Freischulen. Professor Grube-München forderte, daß die Geburten in den höheren Ständen gefördert werden müssen, um die nötigen Intelligenzen für den Staat zu schaffen. Das ist nicht nötig. Man brauche nur die Einheitschule zu schaffen und das höhere Wissen von Talent und Fähigkeit abhängig zu machen, und man würde Intelligenzen im Ueberfluß haben. Die Rednerin ging dann des näheren auf die erbärmliche Ernährung der Kinder des Proletariats ein und forderte für besonders Bedürftige die Schulspeisung. Die Mädchen können das Kochen in den Schulküchen lernen und das von ihnen hergerichtete Essen könnte den ärmsten Kindern verabreicht werden. Wenn auch die Schulärzte in Lübeck eingeschickt sind, so fehle doch noch die Schulaufsicht, die sehr vorbeugend und gesundheitsfördernd in den Körper der Kinder wirke. Für die Mädchen gehöre eine Schularztin in die Schule. Um das Einvernehmen zwischen Schule und Arbeiterkreisen herzustellen, ist es dringend nötig, auch Arbeiter in die Schulverhältnisse zu wählen. Die Kinderkrippen und -Horte müssen staatlich sein und vermehrt werden, um den erwerbstätigen und in der Heimarbeit beschäftigten Frauen die schwere Last und Sorge der Beaufsichtigung der Kinder abzunehmen und vor allem auch, um die Kinder nicht sich selbst zu überlassen, was sehr nachteilige Folgen hat. Die Säuglingsfürsorge muß besser ausgebaut werden. Ärztliche Beratungsstellen genügen nicht. Es müssen Stillprämiengeld gezahlt werden. Die unentgeltliche Geburtshilfe muß durchgeführt werden. Es ist ein Hohn auf das 20. Jahrhundert, daß immer noch Tausende von Müttern ihre Kinder ohne Hilfe zur Welt bringen. Die Zahl der Frauen, die dadurch zugrunde geht, ist Legion. Auch nach der Geburt müssen die Arbeiterfrauen Hilfe haben. Nach diesem ging die Rednerin des näheren auf die Wohnungsverhältnisse ein und schilderte in außerordentlich wirksamen Worten das Wohnungsleiden und die Verbesserung durch die Erfüllung der sozialdemokratischen Forderungen. Der Staat muß sich mehr als bisher um die wichtige Wohnungsfrage kümmern. Auch Arbeiterfrauen sind als Wohnungspflegerinnen anzustellen. Heute will der Staat kein Geld haben, den Wohnungsbau in die Hand zu nehmen, wenn es aber gilt, in Travemünde ein Konventionshaus zu bauen, da sind sofort 400 000 Mark flüchtig. Da die Tuberkulose eine Wohnungsfrage ist, hat der Staat einfach die Pflicht, einzugreifen. Das Bürgerchaftswahlrecht kritisierte Genossin Breitscheid in schärfster Weise. Sie faßte sich an den Kopf und halte es kaum für möglich, daß die hanseatischen „Demokraten“ bei Preußen in die Schule gingen. Man habe das Wahlrecht geändert, weil man sich vor den Arbeitern fürchtete, weil man das Klassenverhältnis aufrechterhalten wollte. Die Herrschaften sind sogar so empfindlich, daß sie Vorteile für den Staat aus den Händen der Sozialdemokraten am liebsten nicht entgegennehmen. Die Rednerin ging dann auf die große Arbeitslosigkeit und auf die Arbeitslosenversicherung ein, besprach das tiefe Elend, das durch erstere in die Arbeiterfamilien einzieht und bezeichnet es als absolut notwendig, daß der Staat etwas tut, diesen Familien zu helfen. Man könne ein öffentliches Speisehaus errichten, um den hungernden Familien wenigstens eine warme Mahlzeit am Tage zuzuführen zu lassen. Leider kann man von dieser Bürgerchaftsmehrheit das nicht verlangen. Deshalb muß eine Wahlrechtsänderung erkämpft werden, die auch das Frauenwahlrecht bringt, das in einer ganzen Anzahl von Staaten bereits besteht. Die einzige Partei, die dies erstrebt, ist die Sozialdemokratie. Genossin Breitscheid erinnerte an die Anträge der Sozialdemokraten, die bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstage gestellt waren. Wenn nun einzelne meinen, es sei verlorene Arbeit, für diese Forderungen einzutreten, so sei das falsch. Für eine glücklichere Zukunft unserer Kinder zu kämpfen, sei niemals umsonst. (Lebhafte Beifall.) Nachdem die Genossin Schlomer die Ausführungen der Referentin noch unterfisch und ergänzte, trat eine Pause ein. Genossin Schlomer ging dann auf die Gefindefrankenkasse und insbesondere auf den Artikel in den „Lübecker Blättern“ ein, der am 12. Oktober erschienen ist. Rednerin vertrat im Interesse der Dienstboten die Aufhebung der Gefindefrankenkasse und die Einbeziehung in die Ortskrankenkasse. Außerdem führte sie noch wirksame Momente an, durch die sie nachwies, daß eine weibliche Vertretung in der Bürgerchaft notwendig ist. Ferner wies sie nach, daß Lübeck gegenüber andern Orten weit zurück steht. Man lehnte 72 000 Mark, die die Schulspeisung gestiftet hätte, ab, aber für Travemünde sind sofort 400 000 Mark da. Die in der Kinderchaftskommission tätigen Frauen hätten geradezu erschreckendes Elend gefunden. Kurz, es gebe unendlich viel, das uns der Staat schuldet! Genosse Hoff berichtete dann noch über die soeben beendete Bürgerchaftswahl. Er schilderte besonders die Beratung über die Gefindefrankenkasse. Nachdem das

Ausstellung „Gas und Elektrizität“

Es wird hierdurch bekannt gegeben, daß die Ausstellung an Sonntagen von 11 Uhr vormittags ab geöffnet sein wird. Am Freitag, Mittwoch dem 19. d. Mts., bleibt die Ausstellung geschlossen. (8496)
Lübeck, den 13. November 1913.

Die Direktion der Gas-, Elektrizitäts- u. Wasserwerke.

Verkauf lebender Buft vom Boot aus

am Freitag, dem 14. November vormittags von 8 Uhr ab an der Holstenbrücke. (8491)

Am Diensta. nachm. 4 1/4 Uhr, erkrankte nach kurzer schwerer Krankheit unser lieber Sohn und Bruder

Robert
im Alter von 1 Jahr 2 Monaten. Dieses zeigen an die tiefbetrübteten Eltern, Geschwister u. Großeltern.

Familie Hamann
Schlutup.
Beerdigung am 15. November, mittags 1 Uhr, vom Sterbehaus Heinrichstraße 2. (8487)

Nur die große Beteiligung und zahlreichen Kranstenden bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sprechen wir hiermit allen die uns ihre Teilnahme erwiesen sowie Herrn Pastor Hensel für die tröstlichen Worte unermüdeten Dank aus. (8488)
Rich. Nevermann und Kinder, Lübeck, November 1913.

Gel. ein ig. Sagesmädchen
Restaurant Ballastkühl, bei der Werft. (8489)

Lehrmädchen
geücht zur gründlichen Erlernung der Damenschneiderei, Winterzeichen, Zuschneiden u. praktische Bearbeitung. 1 u. 1 1/2 jährige (81-8) Lehrent.

Frau M. Hamarlund
geprüfte Damenschneiderin.
Königstraße 98, part.

Eine Tischmangel
fast neu zu verkaufen (8490)
Jörnstraße 42d, Dinterhaus.

Die Woche, Daheim
und andere Zeitschriften
52 jährige Seite kosten nur 2 M.
E. Th. Dawartz, Hügelstr. 6.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten :
Johannisstraße 46.

Ausstellung „Gas und Elektrizität“

Eintritt von heute ab 20 Pfennig.

Lübeck, den 13. November 1913.

Direktion der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke.

J. Ramm, Schlutup
Manufaktur- und Kurzwaren.
Arbeiter-Garderoben.
Schuhwaren-Lager.
Herren-, Damen- u. Kinderstiefel
in reichlicher Auswahl. (8161)
Reparatur-Werkstatt.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck **Otto Albers** Kohlmarkt 4 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . . 1.08—2.35
Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25
leimene Jacken, Strümpfe u. gerade, 1.28, Kragen, Hemden, Schlachterjacken, Reisejacken, Wärmehäute, ertaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Pf. Note Lubecam.

Hasen-
Kanin-, Fuchs-, Marder- u. Iltisfelle, sowie Pferde- und Kuhhaare kauft zu den höchsten Preisen
D. Wagner, Holstenstr. 8

Hasenfelle
Kanin, Fuchs, Marder, Iltis etc.
Pferdehaare
Mähnen, Kuhschweifhaare kauft zu höchsten Preisen. (8334)
J.L. Würzburg
Wahmstraße 22 a.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pf. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Es kommt keine sogenannte Serien-Ware an meinen
Serien-Tagen
zum Verkauf.
Sondern durchweg alles Sachen, welche sonst einen weit höheren Wert haben.
Selbige werden zu nachstehenden Einheitspreisen verkauft:
95 1.95 2.95 3.95
Bitte um Beachtung meiner Fenster.
Trotz der billigen Preise rote Lubecamarken.
Hermann Kampff
früher Gebr. Barg.
Kohlmarkt 5.

Ragoda
Tausendfach bewährtes
Selbsttätiges Schnellwaschmittel
Überbittert 1 Pfund nur 25 Pf.
Sehr viele Anerkennungs-schreiben

Restaurant Zülow, Marlstr. 65.
Großes Auspielen von fett. Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch auf einem Ziehbillard
am Sonntag, dem 16. November.
Anfang 11 Uhr morgens. Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Wilh. Zülow.

Waisen-Hof Jeden Freitag:
Gr. Tanzmusik
Anfang 8 Uhr. Gust. Gipp. (6659)

Oeffentliche Versammlung
im weißen Saal der Stadthalle
Freitag, den 14. November
abends 8 1/2 Uhr:
„Wo muß die Arbeit der Frau im sozialen Leben einsetzen?“
Referent: Herr Pastor Bahson, Hamburg. (8494)
Diskussion.
Der Verein für Frauenstimmrecht.

Ausspielen von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Sonntag, dem 16. November.
Anfang 11 Uhr vorm. Einsatz 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein
J. Schöning
Ratzeburger Allee 44.

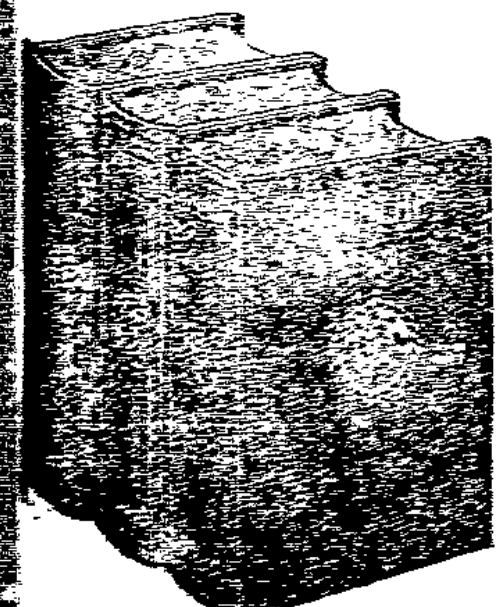
„CINES“
Hansa-Theater.
Heute letzter Tag:
Die zwei Sergeanten
Gr. Volksschauspiel in 6 Akten
Vorstellg. ununterbrochen von 5 bis 11 Uhr.
Sitzplätze von 25 bis 95
Vorverkauf bei (8189)
Rudolph Karstadt, Breite Str. u. Sager, Kohlmarkt.

Neues Stadttheater.
Donnerstag, den 13. November 1913
50. B. i. Boll-Pl. 9. B. i. Donnerstaq-Pl.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Carmen.
Oper von Bizet.
Große Preise.
Freitag, den 14. November 1913
51. B. i. B.-Pl. 9. B. i. Freitag-Pl.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Hochzeit der Sobeide
von Hugo v. Hofmannsthal.
Mittelpreise.
Sonnabend, den 15. November.
52. B. i. Boll-Pl. 7. B. i. Sonnab.-Pl.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Der Barbier von Sevilla.

Oper von G. Rossini.
Hierzu 2 Einlagen: 1. Variationen von Adam über ein Thema von Mozart; 2. Il baccio von Ardit' gesungen von Ada Pellny.
Große Preise.
Sonntag nachmittag:
Zum unabweislich letzten Male
Korallenkettlin.
Einheitspreise. (8492)
Die Ausgabe der Abonnements-Liste für die zweite Rate beginnt am Donnerstag, dem 13. November, 10 Uhr vorm. an der Theaterkasse (Seckergrube).

Zur Beachtung für unsere Abonnenten



Goethes
Schillers
Heines
Reuters
Werte

Jedes Werk kostet 4 Mark und ist einzeln zu haben

In je drei geschmackvollen Bänden erhält der Arbeiter all das, was unsere großen Dichter und Denker an Unvergänglichem und Wertvollem geschaffen haben, und diese unverstiegbare Quelle geistiger Erquickung, Erhebung und Bildung sollte in keiner Arbeiterwohnung fehlen. Was früher nur dem Besthenden zu erlangen möglich war, kann sich hier auch der Arbeiter erwerben. Und schon mit Rücksicht auf die heranwachsende Jugend sollte auf keinem Weihnachtstisch wenigstens eines der hier aufgeführten Werke fehlen. Dem Wunsch, billige Klassiker-ausgaben für die Arbeiter zu schaffen, ist unser Parteiverlag im Einverständnis mit dem Parteivorstand nachgekommen. Arbeiter, macht hiervon ausgiebigen Gebrauch.

Bestsellschein.
Unterschiedener bestellt hiermit frei Haus bei
Meyer & Co., Lübeck, Johannesstr.
Goethes
Schillers
Heines
Reuters
Name: _____
Wohnung: _____

Heute, Donnerstag abend: Volks-Versammlungen in den Lokalen: „Flora“, „Waisenhof“, „Weißer Engel“ und „Neu-Lauerhof“. Arbeiter! Bürgerschaftswähler! Erscheint zahlreich!

„Die Weltverbesserer als Steuerdrückeberger.“

Unter diesem Titel hat die „Post“ einen Artikel veröffentlicht, welcher von der bei der „Post“ gewohnten ehrenwerten Absicht ausgeht, die Aktiengesellschaft „Lindenhaus“ der Steuerhinterziehung zu beschuldigen. Der Redaktion der „Post“ scheint wieder einmal das Fell zu jucken. In ihrem Schmerz über den Ausgang des Krupp-Prozesses scheint sie ganz vergessen zu haben, daß sie erst vor wenigen Jahren in ihrem eigenen Blatt — am 22. Dezember 1908 — das Urteil veröffentlichte, wonach ihr Redakteur wegen verleumderischer Beleidigung des Geschäftsführers der Vorwärtsdruckerei, N. Fischer, mit 200 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalle mit 20 Tagen Haft, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt worden ist. Derselbe Gewährsmann, der ihr damals die verleumderischen Behauptungen zugetragen hat, scheint heute wieder am Werke zu sein. Als damals der Herr Oberstaatsanwalt Hentzel die Einleitung der Klage gegen den „Post“-Redakteur im öffentlichen Interesse ablehnte, aber ausdrücklich beifügte, daß

„seine eingehenden Ermittlungen keinen Anhaltspunkt dafür ergeben haben, daß an der von der „Post“ aufgestellten Behauptung etwas Wahres sei“,

da ruhmredete die Redaktion der „Post“ großmütig, daß sie in einer etwaigen Hauptverhandlung den vollen Wahrheitsbeweis erbringen werde. Im Urteil vom 29. Oktober 1908 aber steht:

„Der Beweis der Wahrheit, der in großem Maßstabe angetreten ist, ist völlig mißlungen. Die Beweisaufnahme hat nicht nur ergeben, daß der erhobene Vorwurf nicht zu erweisen war, sondern dem Gerichtshof die Überzeugung verschafft, daß dem Privatkläger keinerlei Vorwurf in der angeedeuteten Beziehung zu machen ist.“

Und der damalige Chefredakteur Kronsbein entzog sich allen Versuchen, ihn als Zeugen an die Gerichtsstelle zu bekommen, durch Krankheitsatteste.

In der Form ist die „Post“ nur diesmal vorsichtiger geworden: Weder erhebt sie gegen eine bestimmte Person einen bestimmten Vorwurf, noch hat sie Mut, die Wichtigkeit des im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Jahresabschlusses der Aktiengesellschaft Lindenhaus zu bezweifeln. Es kommt ihr nur darauf an, in allgemeinen Redensarten den Vorwurf der Steuerhinterziehung gegen die Aktiengesellschaft Lindenhaus speziell und die sozialdemokratischen Geschäfte im allgemeinen zu erheben.

Demgegenüber wollen wir einfach feststellen: Die Gründung der Aktiengesellschaft „Lindenhaus“ ist in den vom Gesetz vorgeschriebenen Formen vorgenommen worden. Jahresabschluss und Bilanzrechnung sind von den Revisoren geprüft und in der von einem Notar beurkundeten Generalversammlung genehmigt worden. Warum die Aktionäre der Aktiengesellschaft „Lindenhaus“ ihr Aktienkapital nicht voll eingezahlt haben, geht die „Post“ und ihre neugierigen Hintermänner gar nichts an. Es ist eine der gewohnten „Post“-Ereignisse, aus dieser Nicht-Vollzahlung des Aktienkapitals den Vorwurf der Steuerhinterziehung zu erheben. Aber der „Post“-Esel scheint gerade aus dieser Tatsache die Behauptung der Steuerhinterziehung erweisen zu wollen, während für jeden einigermaßen Sachkundigen von vornherein klar ist, daß diese Tatsache auf die Frage von Gewinn und Verlust völlig aussichtslos ist. Hätten die Aktionäre aus eigenen Mitteln die Aktien voll eingezahlt, so hätten sie die für diese Mittel in Frage kommenden Steuern zahlen müssen. Jetzt müssen sie selbstverständlich diejenigen Personen oder Institute, die der Aktiengesellschaft „Lindenhaus“ Darlehen gegeben haben, diese ihre Vermögensobjekte verpfänden. Für den Staat ist es aber gleichgültig, wer die Steuer bezahlt; Hauptsache ist, daß sie bezahlt wird.

Wer diese Darlehen der Aktiengesellschaft „Lindenhaus“ zur Verfügung gestellt hat, geht die „Post“ und ihre Hintermänner wiederum nichts an. Mit allem Nachdruck wollen wir aber erklären, daß kein Pfennig davon von irgend einer gewerkschaftlichen Organisation zur Verfügung gestellt worden ist. Die denunziatorische Behauptung der „Post“: „Die Darlehensschulden werden sich wohl lediglich aus Mitteln der sozialdemokratischen Gewerkschaften zusammensetzen“, verrät ganz deutlich, hinter welchem Büsche man den Hintermann der „Post“ zu suchen hat.

Lustig ist nur, daß die „Post“ jetzt plötzlich den Erwerb oder Besitz von Grundstücken (denn die Aktiengesellschaft „Lindenhaus“ hat statutenmäßig nur den Zweck des Häuserwerbes) als ein besonders gewinnreiches Unternehmen hinstellt, während sie sonst doch nicht genug über die Not der armen Hausagrarier zu klagen weiß. Die Aktiengesellschaft „Lindenhaus“ hätte aber ihre Bilanz fälschen müssen, wenn sie ein anderes Resultat als das angeblich so verlustreiche hätte feststellen wollen. Daß die Verluste aber einfach aus den Erwerbs- und Gründungskosten sich erklären, braucht ein „Post“-Esel nicht zu wissen.

Die Fürsorge der „Post“ für die armen Aktionäre der Aktiengesellschaft „Lindenhaus“ riecht etwas nach

Lartuffe. Die Aktien sind nämlich nicht auf den Markt gebracht, sondern in festen Händen, und die Aktionäre sind auch in ihren Erwartungen gar nicht getäuscht worden. Die Aktien befinden sich noch in denselben Händen und werden auch trotz der Sorge der „Post“ um das finanzielle Ergebnis der Aktiengesellschaft „Lindenhaus“ kaum in den Besitz der „Post“-Redakteure oder ihres Hintermannes gelangen.

Auf welcher lieblerlicher Grundlage der ganze „Post“-Anwurf beruht, geht daraus hervor, daß der „Post“-Redakteur sich nicht einmal die Mühe genommen hat, die Bilanz richtig zu lesen. Er verwechselt den vorjährigen Verlust mit dem diesmaligen und behauptet entgegen der Wahrheit, daß „wieder eine Darlehensschuld von 926 500 Mark aufgenommen worden ist“. Aber der „Post“ war's auch gar nicht um die Wahrheit zu tun — sie hatte nur den Anwurf zu bringen.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 12. November.
Der Wortführer Dr. Görz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 15 Minuten.

1. Antrag: Erbauung eines Konversationshauses in Travemünde. (Zweite Lesung.)

Buchwald: In der Abstimmung ist nichts mehr zu ändern. Im allgemeinen ist die Politik für Travemünde darauf eingerichtet, ein elegantes Modebad für die oberen Zehntausend daraus zu machen. In absehbarer Zeit wird es doch einmal stagnieren, deshalb ist es besser, wenn auf einen allgemeinen wachsenden Besuch hingewirkt wird. Dem minderbemittelten Stand müssen preiswertige Pensionen geschaffen werden. Darauf muß die Behörde ihr Augenmerk richten. Eine Umdenkung des Namens wie ihn Dr. Wittern vorgeschlagen hat, wäre angebracht. Ein gutes deutsches Wort wird sich finden.

Aug. Pape hofft, daß die Bürgerchaftsmitglieder nicht dem Eiletempo folgen und für Kommissionsberatung eintreten. Redner verliest ein Schreiben Brüggmanns, wonach er die Kurmufft unter denselben Bedingungen für ein weiteres Jahr zu übernehmen bereit ist. Herr Brüggmann habe alles getan, was er konnte, er sei aber brüskiert worden.

Dr. Görz: Ich stelle die Frage, ob mit diesem Ausdruck die Behörde oder ein Mitglied der Kommission gemeint ist.

Aug. Pape: Wer denn sonst?
Dr. Görz: Ich rufe Sie dieses Ausdrucks wegen zur Ordnung.

Aug. Pape fordert noch einmal sorgfame Prüfung; Herr Brüggmann hätte vor allen Dingen zu den Verhandlungen hinzugezogen werden müssen. Die Bürgerschaft hätte man auch nicht im dunklen lassen sollen. Wenn dem Wunsch Buchwalds entsprochen und ein deutliches Wort gewählt werden soll, dann möchte ich bitten, „besseres Gesellschaftshaus“ zu schreiben, denn die Minderbemittelten haben doch keinen Vorteil davon. Auch die Theaterbehörde hätte man fragen sollen.

Moderne Sklavinnen.

Ein Theaterroman von Ludwig Bendler.

(13. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Vom Herrn Direktor Ullmann, der sich auf der Szene befand, beauftragt, trat nach erfolgtem Austausch der Meinungen zwischen ihnen der Oberregisseur Pöhlig an die Rampe und ergrüßte den Kapellmeister, abzuklopfen.

Dies geschah und Herr Pöhlig ergriff das Wort:

„Meine Herren! Die gestrige, völlig mißglückte Vorstellung der Oper „Hans Heiling“ hat leider zur Evidenz erwiesen, zu welchen Resultaten schließlich mangelnde Subordination, Schläffigkeit in der Leitung, das leidige „laissez-aller“ in den Proben führen müssen. Die Direktion kann also über diese Uebelstände ferner nicht stillschweigend fortgehen, sondern muß auf das bestimmteste ein strafferes Regiment anordnen. Die Autorität der Vorstände unter allen Umständen zu unterstützen, ist ihr jetzt Wille, und Widersehlichkeiten, Demonstrationen in der eben stattgehabten Art werden mit allen uns vertragsmäßig zustehenden Mitteln bekämpft und geahndet werden. Lassen Sie sich das hiermit vorerst in Güte gesagt sein. Etwaige Entgegnungen auf meine im Auftrage der Direktion ergangenen Auslassungen würde Herr Bureauchef Mosenbach nach Beendigung der Probe im Geschäftszimmer entgegennehmen. So — jetzt bitte noch einmal von vorn anzufangen, Herr Kapellmeister.“

Ein Moment der Grabesstille folgte der Rede des Herrn Pöhlig, dann gab der Kapellmeister das Zeichen, die Probe nahm auf's neue ihren Anfang.

Ohne Störung ging diesmal das Vorspiel von flotten, ohne Störung folgten die „Rautendelein“-Szenen, die Soloszenen, wie auch die mit dem „Mittelmann“, dem „Waldbratt“, der alten „Wittchen“.

Beim Auftritt des „Glockengießers“ mußte abgeklopft werden. Herr Redentin, der den „Heinrich“ sang, behauptete, das ihm nötige Zeichen vom Kapellmeister nicht erhalten zu haben, Heberlein bestritt die Versäumnis, man einigte sich aber schnell auf eine Wiederholung des Auftritts.

Auch in der darauffolgenden Ensemblezene zwischen „Parrer“, „Schulmeister“ und „Bader“ zeigte es Unbehagen, das aber, dank der Schlagfertigkeit des Orchesters, an dessen erstem Akt der sehr tüchtige Konzertmeister Braun sah, ohne kapellmeisterliches Verdienst, glänzlich umgangen wurden.

Seitigen Einpruch von Heberleins erfuhr sofort bei seinem Auftritt wieder das „Essenquartett“, diese geradezu bedeutendste Nummer der Oper, welche der Kapellmeister in seiner Extraprobe vorher noch mit den „Mäusen“ durchgegangen war.

„Himmelschorschwerenot, Fräulein Bergmann, Sie singen ja wieder zu hoch“, schrie Heberlein in den Gesang hinein. „Haben Sie denn Ihr Gehör verloren? Da paukt man nun und paukt bis zur Bewußtlosigkeit, um schließlich — halt, halt, das geht ja gar nicht!“

Hestig klopfte er ab, einige Musiker sahen sich erstaunt an, Maria Bergmann stand freudlos vor der Rampe.

„Haben wir denn keine andere Befehung für die „erste Else“, Herr Direktor?“ rief Heberlein möglichst laut und vernichtlich zu Herrn Ullmann in dessen Loge hinein. „Ich bin ratlos, übernehme keinerlei Verantwortung für die Nummer.“

Direktor Ullmann stand diesem Vorfall gegenüber nicht minder hilflos da, und fast schien es, als ob sogar ihn dieser unerwartete Appell Heberleins unangenehm berührte. In müßeligen Fragen abhulst inkompetent, wußte er nicht einmal, ob des Kapellmeisters Tadel auf Maria Bergmann zutreffend sei oder nicht, jedenfalls fehlte es ihm an der vorgelegenen anderen Befehung und er bedeutete Heberlein durch Zeichen fortzufahren.

„Nachmal also die Gesächte!“ kommandierte dieser. „Ich bitte aber Fräulein Bergmann dringendst, besser aufzupassen.“

Wie Maria während des weiteren Verlaufs dieser Probe, bis zu deren Ende sie bleiben mußte, zu Mut war, ist schwer zu schildern. So heldenhaft sie sich auch bemühte, die Tränen zu unterdrücken und Herrin ihrer selbst zu bleiben, allzu sehr befand sie sich noch in den Anfangsstadien der Schicksalsfolge, wie sie das weibliche Theatermitglied zu durchleben hat, allzu sehr hasteten in ihr die Resultate einer anständigen, gut bürgerlichen Erziehung, die Vorgänge in ihrem innersten Herzen ließen sich auch äußerlich nicht verbergen.

Teils gleichgültig, teils mit einiger wirklicher Anteilnahme, am häufigsten aber mit überkühnter Schadenfreude trat man hinter der Szene an sie heran, sie zu trösten oder wenigstens doch ihr einige Worte zu sagen. Um Feinde zu haben, dazu war sie bis jetzt allzuwenig hervorgetreten, vielmehr ja galt sie als abgetan, keiner brauchte sie zu fürchten. Warum sollte man sich da ihr gegenüber nicht auf den jovialen, prächtigen Menschen ausspielen?

So wurde ihr denn wader zu Munde geredet, tüchtig auf Heberlein geschimpft, allerdings immer mit Reize und mit Seitenblicken nach rechts und nach links, ob der Geschmähte auch nicht irgendwo auftauche und die Schmähung mit anhöre. Klugheit ist die erste Maßregel beim Theater, man darf es mit keinem verderben.

Als Maria nach Beendigung der Probe das Theater verlassen hatte, traf sie einen Herrn, der, obgleich er sie offenbar erkennt, an ihr vorüberging, ohne zu grüßen. Auch da die Sängerin ihm einige Schritte folgte und, um ihn zur Rede zu

stellen, mit erzwungener Freundlichkeit „Herr Eibenschütz, Herr Eibenschütz“, rief, spielte er zunächst den Befremdeten und steckte eine Miene auf, als quäle er vergebens sein Gedächtnis, um sich zu erinnern, wer vor ihm stünde.

„Sie kennen mich wirklich nicht, Herr Eibenschütz?“ fragte Maria, „und doch sind Sie es, der mich nach hier empfahl, mit dem Engagement vermittelte.“

„Ah, ah —“ Jetzt erst schien Herrn Eibenschütz über Marias Person ein Licht aufzugehen, aber nicht etwa herzlich oder auch nur ercent klang sein Gegenruch.

„Fräulein Bergmann, so so! Bon Ihnen hört man ja wenig, so gut wie gar nichts eigentlich. Woran liegt's denn? Krank gewesen? Keinen Erfolg gehabt?“

„Weder eines noch das andere, Herr Eibenschütz, aber — ich weiß nicht recht, wie ich's ausdrücken soll, Herr Direktor Ullmann —“

„Ah, das ist ein herrlicher Mann, ein Prachtmenschen, nicht wahr? Einer der famohesten Direktoren, die wir haben.“

Maria wußte in der Tat nicht, was sagen. Hilflos stand sie dem Agenten gegenüber. „Und wie ist es mit nächster Saison, Herr Eibenschütz?“ fragte sie noch schüchtern an.

„Da Sie gar nicht singen, Fräulein — leicht wird's nicht sein, aber was ich tun kann, —“ Schon strebte Herr Eibenschütz in Ungeduld, sich von Maria loszumachen. „Sie entschuldigen, aber der Geschäfte sind noch viel für mich. Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!“

Raum den Hut lüftend, trennte er sich eiligst von Maria, die, ihm unwillkürlich nachschauend, noch Zeuge ward, wie er dem ihm ebenfalls begegnenden Fräulein Amanda Koch Beweise unbefränkter Devotion und Freude über das Zusammentreffen zuteil werden ließ.

Einen Wall von Unüberwindlichkeiten sah Maria vor sich aufgetürmt.

Unter den Orchestermitgliedern war begreiflicherweise die Ansprache des Oberregisseurs Pöhlig Gegenstand der lebhaftesten Erörterung geworden.

In Gruppen standen die Herren vor dem Theater und berieten, was zu tun sei, kein anständiger Mensch dürfe so etwas auf sich sitzen lassen. Einige Himmelsstürmer schlugen vor, sofort in corpore die Entlassung Heberleins zu fordern, oder aber die eigene zu nehmen. Besonnenere wiesen auf die Zwecklosigkeit jedes Verfahrens hin, lediglich sich selbst zum Opfer zu bringen, denn nimmermehr werde Heberlein als der Geschädigte aus der Affäre hervorgehen. Schließlich kam ein Kompromiß zustande. Man beschloß, sich mit einer Beschwerde an den Rat der Stadt zu wenden. Eine Deputation, den Konzertmeister Braun an der Spitze, sollte diese persönlich überreichen.

